

Evaluierung der Polizeistrukturereform



Tollhaus Polizei

Ich hoffe, dass sich viele Befürchtungen (Stand 7. 4. 2015) bis zur Veröffentlichung dieses Artikels nicht erfüllt haben und es vernünftige Lösungen im Interesse unserer Brandenburger Polizei gibt.

Vier Innenminister in fünf Jahren.

Eine Strukturreform, die eigentlich keiner wollte.

Einen Stellenabbau, den keiner verantwortet.

Eine veränderte PKS, für die keiner verantwortlich ist.

Ein Maskenmannprozess, der öffentlich zerrissen wird.

Erfolgreiche Aufsteiger in den gehobenen Dienst, die aus Haushaltsgründen nicht ernannt werden.

Einen Krankenstand, der nur Arztpraxen erfreut.

Ein Personalkarussell um mögliche Staatssekretäre und Polizeipräsidenten, das schwindlig macht.

Eine Diskussion um Planstellen, im Wissen, dass man gar nicht die Leute dafür hat.

Eine Diskussion um Terrorismus, Islamismus, Slawismus, ohne darauf vorbereitet zu sein.

Und dann gibt es auch noch die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger, für die wir eigentlich da sind.

Evaluierung oder Macht?

Es ist viel über die Evaluierung gesprochen, diskutiert und geschrieben worden. Fakt ist, es sollte nie eine echte Evaluierung sein und diesem Anspruch ist sie auch tatsächlich gerecht geworden. Es ging eigentlich darum, bestehende Strukturen zu bestätigen, einen Stellenabbau zu rechtfertigen und vor allem darum, denen die Möglichkeit einzuräumen, die für all dieses verantwortlich sind, gesichtswahrend aus der Sache rauszukommen. Es ist und bleibt ein Problem dieser Brandenburger Polizei, dass keiner den Mut hat, für Fehler einzustehen, Verantwortung zu übernehmen und klare Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Erst wurde im Rahmen der Evaluierung drei Monate nichts getan, außer dass man sich kennengelernt hat, dann wurde auf politische Vorgaben gewartet und letztendlich, wie so üblich, wurden Arbeitsgruppen eingesetzt.

Hut ab!

Ich habe eine hohe Achtung vor allen Kolleginnen und Kollegen, die engagiert in diesen Arbeitsgruppen mitgearbeitet und sich fachkompetent eingebracht haben. Dabei wurden bekannte Themen kritisch auf den Prüfstand gesetzt. Die Prognose einer sinkenden Kriminalität war falsch. Es gibt in einigen Deliktbereichen Stagnationen, aber in vielen Deliktbereichen eine deutliche Zunahme.

Die Revierpolizisten werden viel zu häufig missbraucht, um Schichten aufzufüllen und den normalen Dienst abzusichern. Die Bereitschaftspolizei wird da eingesetzt, wo man politisch ein Zeichen setzen will. Polizeiliche Effekte fehlen und die Kolleginnen

und Kollegen werden auf Verschleiß gefahren.

Die Prävention soll wieder hochgefahren werden, nachdem man sie vor einem Jahr aufs Abstellgleis geschoben hat. Die Kriminalpolizei verwaltet nur noch die Akten. Für eine wünschenswerte und erforderliche Ermittlungsarbeit hat sie deutlich zu wenig Personal. Im Wach- und Wechseldienst hat mittelfristig keiner eine Perspektive, aus diesem herauszukommen, weil laut Koalitionsbeschluss der WWD auf 2200 Stellen hochgefahren werden soll.

Man könnte die Kette der Probleme jetzt endlos fortsetzen, aber dafür reichen jedoch nicht die Seiten unseres Landesteils.

Zahl des Jahres: 7855

Diese Zahl soll die neue Zielzahl für 2020 sein. Und diese Zahl steht auch im Haushaltsplan des Landes 2015/2016. Speer sagte einmal 7000, im Koalitionsvertrag steht mindestens 7800 und in der Personalentwicklung bis 2018 geht man von 7855 aus. Und um genau diese Zahl dreht sich die sogenannte Ergebnis-offene Evaluierung. Es wäre ein Witz der Geschichte, wenn auf den Punkt genau die Evaluierung zu dem Ergebnis kommt, dass wir mit 7855 Stellen im Jahr 2020 diese Struktur aufrechterhalten können und die gleiche Arbeit mit der gleichen Qualität leisten.

Dies heißt nichts anderes, als mit ca. 210 Stellen weniger als zu Beginn der Evaluierung tatsächlich vorhandenem Personal.

Wer solche Diskussionen führt, Arbeitsergebnisse nicht nur infrage stellt, sondern ignoriert, versündigt sich an dieser Brandenburger Polizei.

Egal wo man hinschaut, überall brauchen wir zwingend mehr Personal.

Und genau in dieser Phase wird ein Evaluierungsbericht (überarbeitet,

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

der zum Ergebnis hat, dass wir mit weniger Personal als bisher vorhanden auskommen könnten. Das ist fern jeglicher Realität und schadet der Brandenburger Polizei nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft.

Es geht nicht darum, Wunschvorstellungen zu untersetzen, sondern einfach nur darum, effektive Polizeiarbeit zu leisten.

Für in der Vergangenheit gemachte Fehler einzustehen, um dem Innenminister per Evaluierungsbericht den Rückhalt für eine sachgerechte Personalforderung zu geben, dafür ist es noch Zeit! Wenn nicht, arme Polizei, arme innere Sicherheit ...

Andreas Schuster

AUCH MENSCH

Vom 17. 3. 2015 bis zum 19. 3. 2015 befand sich ein Großaufgebot der Polizei aus mehreren Bundesländern in Frankfurt/Main. Der Grund dafür war die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) und die in diesem Zusammenhang angemeldeten Versammlungen.

Die Veranstalter der sog. Blockupy-Bewegung rechneten mit über 20 000 Teilnehmern. Der Höhepunkt der Versammlungslagen bildete die am 18. 3. 2015 durchgeführte Großdemonstration mit über 17 000 Teilnehmern.

Jedoch bereits vor der o. g. Großdemonstration ereigneten sich in Frankfurt/Main bürgerkriegsähnliche Ereignisse. Durch unter anderem autonome Gruppierungen wurden gezielt Polizeikräfte angegriffen, Fahrzeuge der Polizei attackiert und in Brand gesetzt sowie ein Polizeirevier von mehreren Personen mit

Brandsätzen angegriffen. Die über die Medien publizierten Aufnahmen sind erschreckend. Das Resultat sind über 100 verletzte Kolleginnen und Kollegen.

Diese Form der organisierten Gewalt missbraucht das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in einem beispiellosen Maß. Die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen wurden zur Zielscheibe radikalierter Gruppierungen, welche auch schwerste Verletzungen in Kauf nehmen. Die JUNGE GRUPPE GdP Brandenburg verurteilt den Hass und die Gewalt, die den Polizeikräften entgegengebracht wurden. Deshalb beteiligte sich der Landesjugendvorstand sowie auf Initiative der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) auch Anwärter der FHPol Oranienburg, deren Leitung sowie Dozenten an der Kampagne: **AUCH MENSCH** der JUNGEN GRUPPE GdP.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Leserzuschrift

Lieber Andreas,

mit der Überschrift „Der schwierige Umgang mit dem Versammlungsrecht“ im letzten Landesteil der DP hast Du sicher bei vielen sofort Interesse geweckt. Auf die unterschiedlichen Reaktionen kannst Du gespannt sein. Sowohl aus dem politischen Raum als auch bei den Führungskräften. Eine Wertung werde ich da nicht vorwegnehmen ... Insbesondere aber bei unseren geschlossenen Einheiten, die (in Brandenburg) oftmals mit den merkwürdigsten Interpretationen des Versammlungsgesetzes bei genehmigten rechten Aufmärschen konfrontiert werden. Es ist schon echt bedeutsam, dass es einen Hinweis über den Auftrag der Polizei, den Schutz von Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten, in unserer Gewerkschaftszeitung gegenüber politisch Verantwortlichen geben muss. Wir können ja davon ausgehen, dass an der Fachhochschule das Versammlungsgesetz in Breite und Tiefe gelehrt wird. Auch das Neutralitätsgebot der Polizei bei der Umsetzung von Maßnahmen und in Kooperationsgesprächen ist Gegenstand der Lehre. An unsere Kolleginnen und Kollegen, die im Einsatzraum handeln, richtet sich Dein Beitrag nicht. Vielleicht aber gleichwohl auch an jene, die das taktische Konzept für die Bewältigung derartiger Einsatzlagen vorbereiten und Entscheidungen zu treffen haben, die (nicht) den Beifall der veröffentlichten Meinung oder einiger (weniger?) politisch Verantwortlicher finden.

Deine Kommentierung zielt also auf jene hier im Land, die sich als „wahre Demokraten“ – wir sind ja gegen Rechts und da ist alles erlaubt – fühlen, wenngleich sie sich mit ihren Äußerungen grenzwertig und ihren Handlungen nicht gesetzeskonform verhalten. Mitunter sich darüber hinaus auch sehr wohlwollend öffentlich für Rechtsverletzungen einsetzen. Blockaden rechter Aufzüge kommen in Mode, wo es nicht erfolgt, wird unterschwellig oder lautstark Kritik geäußert. Was sagt die Polizei im Vorfeld, also *präventiv*, zu Aufrufen und Statements dieser „Demokraten“, die Störungen, auch gewaltsame, nicht ausschließen oder billigend in Kauf nehmen? Dazu gibt es kaum eine öf-

fentliche widersprechende Klarstellung. Ist hier bereits die bewusste oder imaginäre Schere im Kopf *unserer* Verantwortlichen als Selbstzensur oder vor Bedenken, dass man in die Ecke gestellt wird, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein und hierdurch künftige Karriereeinschränkungen befürchtet? Diese Auseinandersetzung muss zwingend geführt werden. Nicht das von Dir zitierte „Brandenburger Landrecht“, da gibt es leider noch schärfere Umschreibungen, ist für unsere Einsatzkräfte entscheidend, sondern unser Grundgesetz. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern haben schon mehrfach den Kopf über die fragwürdige Auslegung des Versammlungsrechts bei diesen Einsätzen in BB geschüttelt.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich aus gutem Grund den Rechten entgegenstellen, ist es auch oft Unkenntnis, was als ziviler Ungehorsam im Rahmen von Gegendemos etc. möglich ist bzw. wo der Gesetzgeber die Grenzen setzt. Hier kann Aufklärung im Vorfeld über die Presse oder auch mit Flyern im Veranstaltungsraum hilfreich sein. Es gibt leider aber auch (Gegen-)Demoteilnehmer oder mitunter sogar Versammlungsleiter, die unsere Gesetze sehr genau kennen und sie bewusst verletzen. Hier fehlt leider oftmals die entsprechende Reaktion, da diese Sachverhalte nur selten beanzeigt werden.

Noch erschreckender für die an Einsätzen beteiligten Kollegen ist es, wenn sie im Nachgang aus der Presse erfahren müssen, welche Statements über die Polizeitaktik bzw. ihr notwendiges Einschreiten von Verantwortlichen abgegeben werden. Da wird mal eben Recht (angedrohte Räumung von Blockaden) zu Unrecht degradiert und im gleichen Maße in höchsten Tönen gelobt, wenn eine (rechte) Demo aufgrund von (organisierten) Maßnahmen nicht durchgeführt werden konnte. Über die Folgewirkungen derartiger Bewertungen und ihrer öffentlichen Wahrnehmung wird nicht nachgedacht. Welche Dimensionen das Akzeptieren von „rechtsfreiem“ Agieren erreichen kann und welche Kommentare vonseiten mancher Politiker dann zusätz-

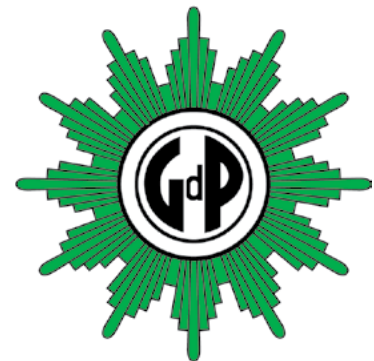
lich erfolgen, sahen wir leider vor Kurzem in Frankfurt (Main). Die Polizeikräfte können erwarten, dass sich *jeder* politisch Verantwortliche von Gewalt, auch von linker, distanziert und keine rechtsfreien Räume zulässt. Die Frage darf gestellt werden, warum das nicht so ist und eher leise toleriert wird. Ist es der Mainstream, der vielen politischen Verantwortungsträgern, aber auch den Kolleginnen und Kollegen in unserer Polizei, hier beziehe ich insbesondere unsere Führungskräfte des hD ein, den Mut zu einer differenzierten Auseinandersetzung nimmt? Wir sollten uns in unserem Handeln auf unsere fachliche Professionalität stützen und uns bewusst machen, dass wir nicht auf Parteien oder Spitzenfunktionsträger vereidigt sind. Die von Dir angeführte Fachtagung kann ein positives Signal sein und Impulse für die Zukunft geben.

Kurios ist es ohnehin, wenn jeder, wie Du übrigens in Deinem Kommentar auch, bei derartigen Bewertungen zuerst Stellung bezieht, dass er nichts mit den Rechten am Hut hat. Das ist wohl bezeichnend für die gegenwärtige Lage ... (DU hast das nicht nötig!)

Ich war nicht in Cottbus. Deshalb kann ich das, was da ablief, nicht bewerten. Ich hoffe nur, dass es bei übler Nachrede, Verleumdung, Beleidigung etc. entsprechende Anzeigen vonseiten der Polizei gab. Wir sollten uns nicht alles gefallen lassen. Die Einsatzkräfte haben ein Recht darauf.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Papperitz

Anmerkung der Redaktion: Ulli Papperitz war lange Jahre Leiter der LESE und weiß somit, wovon er hier spricht.



Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ist ein Erfolg! (Henry Ford)

Bereits im Dezember letzten Jahres hatten wir als Kreisgruppe zum Workshop eingeladen, mussten ihn aber aufgrund von Terminüberschneidungen leider absagen. Wir versprachen, diesen zeitnah im Jahr 2015 nachzuholen. Am 4. März 2015 war es dann soweit und der 1. Workshop der KG Besondere Dienste fand statt. Neben dem Kreisgruppenvorstand und den Hauptvertrauensleuten wurden auch die Führungskräfte der FDBD eingeladen.

Wie kommen wir darauf, einen Workshop unter Beteiligung der Führungskräfte durchzuführen?

Ganz einfach. Zwischen unserer Kreisgruppe und den Führungskräften gab es nicht nur im Jahr 2014, sondern auch in zurückliegenden Jahren viele Höhe-, aber auch Reibungspunkte in der Zusammenarbeit. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit war die Erschwerniszulagenverordnung. Das Ergebnis kennt jeder. Für die Bereitschaftspolizei ist das erreichte Ergebnis nicht zufriedenstellend. Ebenso sieht es für die Kolleginnen und Kollegen der Polizeihubschrauberstaffel aus. Bei allem Negativen, ein Anfang wurde gemacht.

Ich möchte mich im Namen der Kreisgruppe bei all denen bedanken, auch bei unseren Führungskräften, die uns durch ihre Zuarbeit Argumente zur Änderung des Entwurfes zugeleitet haben. Gerade bei Stellungnahmen für Änderungen von Entwürfen für Verordnungen oder Gesetze sind wir dankbar, auch Zuarbeiten von Führungskräften zu erhalten, da sie mache Dinge in einem anderen Licht sehen. Auch diese Dinge sind zu betrachten und ggf. einzuarbeiten.

Natürlich gab es auch Themenfelder, die diese Zusammenarbeit ins Stocken brachten. Ich nenne nur das Zauberwort „Dienstplanung“.

Ziel unseres Workshops war deshalb vor allem der Austausch darüber, wie wir unsere Zusammenarbeit weiter verbessern können. Uns als GdP liegt viel daran, dass die Zusammenarbeit und der regelmäßige Aus-



Andreas Schuster stellte sich der Diskussion

tausch zwischen Führungskräften und der GdP gut funktioniert und wir gemeinsam das Beste für unsere Kolleginnen und Kollegen erreichen. Auch wenn es nicht für jeden spürbar ist.

Ein guter Moderator ist das A und O einer Veranstaltung. Unsere Kreisgruppe konnte Dietmar Michael vom GdP-Bildungswerk und Mitglied unserer Kreisgruppe als Moderator gewinnen. Seine Moderation trug ursächlich zum Erfolg unseres Workshops bei. Dafür noch ein herzliches Dankeschön an Dietmar.

Nach anfänglichen verhaltenen Gesprächen kam es im Laufe unserer Runde zu konstruktiven Diskussionen. Im Vorfeld bestehende Vorurteile und Missverständnisse konnten weitgehend aus dem Weg geräumt werden, sodass an Ende des Workshops, ich denke, ich kann für die Mehrheit sprechen, das Fundament für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen wurde. Wir als Kreisgruppe werden weiter daran arbeiten, das erzielte gegenseitige Vertrauen weiter auszubauen.

Der Workshop hat uns allen geholfen, noch bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen, um so zusammenzuarbeiten, dass alle Beteiligten davon partizipieren. Ich sehe es mit den Worten von Henry Ford. Der erste Workshop war der Beginn, weitere werden folgen. Das ist keine Drohung, sondern auch Wunsch von beiden Seiten.

Einen besonderen Dank an Birgitt und Dirk (Mütze), die für die gute Verpflegung sorgten. Einen lieben Dank auch an die Mitarbeiter der Geschäftsstelle. Wir wollten eure Büro-

räume nicht annektieren, auch wenn es kurzzeitig so aussah. Ein herzliches Dankeschön an Andreas Schuster, der uns für eine gute halbe Stunde Rede und Antwort zu aktuell politischen Themen stand.

Grit Schulz-Radloff

IN EIGENER SACHE

Beitragsanpassung zum 1. April 2015

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder wurde für 2015 eine 2,1-prozentige Erhöhung erreicht. Diese erfolgt zum 1. 4. 2015. Wir haben daher für unsere Tarifbeschäftigten den GdP-Beitrag – ebenfalls zum 1. 4. 2015 – entsprechend angepasst. Die aktuelle Beitragstabelle kann auf unserer Homepage www.gdp-brandenburg.de im Mitgliederbereich unter sonstigen Downloads abgerufen werden.

Zum 1. 7. 2015 werden wir parallel zur Rentenanhebung Ost um 2,5 Prozent die Beiträge für unsere Rentner und Hinterbliebenen entsprechend anpassen.

Die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten steht noch aus. Hier haben wir gemeinsam mit dem DGB die Landesregierung aufgefordert, zeitnah mit uns zu verhandeln. Unsere Forderung ist klar; Übernahme zeit- und inhaltsgleich!

Sowie klar ist, wann und in welcher Höhe die Besoldung bzw. Versorgung unserer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen erfolgt, werden auch die Beiträge für diese entsprechend angepasst.

Zum 1. 4. 2016 werden die Beiträge unserer Tarifbeschäftigten im Zuge der Tarifierhöhung um 2,3 Prozent, mindestens jedoch 75 € im Monat, erneut angehoben. Das gilt adäquat auch für die Beamtinnen und Beamten; entsprechend der vereinbarten und dann gesetzlich geregelten Übernahme des Tarifergebnisses.

Michael Peckmann



BILDUNGSWERK

Personalrats- und Grundlagenseminar in Prieros

Das Bildungswerk der GdP Brandenburg e.V. führte in der Zeit vom 23. 3. bis 25. 3. 2015 ein Personalrats- und Grundlagenseminar im landschaftlich schön gelegenen Prieros durch.

Die 14 Teilnehmer dieses Seminars sind Mitglieder in den verschiedensten polizeilichen Personalvertretungen des Landes Brandenburg und besaßen unterschiedliche Vorkenntnisse im Personalvertretungsrecht. Damit alle auf den gleichen Stand im Umgang mit dem PersVG gebracht wurden, gaben sich die beiden Seminarleiter Harald Abraham und Dirk „Mütze“ Huthmann allergrößte Mühe, ihr über Jahre erlangtes beamten- und personalrechtliches Wissen an die Teilnehmer zu vermitteln. Themenschwerpunkte neben den allgemeinen Vorschriften waren unter anderem die Rechtstellung der Mitglieder, die Beteiligung, Mitbestimmungen und Mitwirkung sowie die Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit, um hier nur beispielhaft einige Themen zu nennen. Durch die Arbeit in Gruppen



Bild: Timo Ritter

wurden anhand von Übungsbeispielen verschiedenste Problemfälle erarbeitet. Hierbei stellte sich die harmonische Stimmung innerhalb der Gruppe bei der Lösung der Aufgaben als vorteilhaft heraus. Letzten Endes ist es beiden

Seminarleitern wieder hervorragend gelungen, dass gut ausgebildete Personalvertreter in den unterschiedlichen Personalvertretungen tätig werden können. Besten Dank und weiter so!

T.R.

Stress- und Konfliktbewältigung vom 14. bis 16. September 2015 in Prieros

Mit Stress richtig umgehen lernen, Konflikte erkennen und bewältigen

Wer kennt nicht das Gefühl, „im Stress“ zu sein. Jeder zweite Deutsche fühlt sich mindestens einmal in der Woche gestresst. Stress wird häufig als Krankheit der Gegenwart bezeichnet, deren Folgekosten auf über 30 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden. Es handelt sich in erster Linie um chronische Erkrankungen, deren Ursachen nicht nur in biologischen, sondern in immer stärkerem Maße in sozialen und persönlichkeitspezifischen Faktoren begründet sind.

Die Ursachen für den Stress können vielfältig sein. Sie liegen z. B. in der zunehmenden Belastung am Arbeitsplatz, im morgendlichen Stau auf dem Weg zur Arbeit, in familiären Auseinandersetzungen, im permanenten Zeitdruck oder im dauernden Lärm.

Menschen fühlen sich überfordert und reagieren gereizt, nervös, ärgerlich oder mit Niedergeschlagenheit und Ohnmacht. Es ist wichtig zu erkennen, dass Stress zum Leben dazugehört und richtig dosiert sogar positive Aspekte aufweist: Stress spornt zu körperlichen und geistigen Höchstleistungen an und ist Basis für Erfolgserlebnisse, Glücksgefühle, Schwung und Vitalität. Viele **Konflikte** die wir erleben, denen wir ausgesetzt sind und die Menschen oft nicht oder nicht professionell genug bewältigen, verursachen Stress.

Die Geschwindigkeit von nahezu allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen nimmt in immer kürzer werdenden Zeitabständen um ein Vielfaches zu. Neben zahlreichen anderen Faktoren kann dies ein unmittelbarer Auslöser von Stress sein. Um damit richtig umgehen zu

können, bedarf es einer genauen Analyse sowie geeigneter Methoden für eine erfolgreiche Stressbewältigung.

Das Seminar umfasst neben dem Stressbegriff und -mechanismus die Ebenen der Stressreaktion und der Stressanalyse, verschiedene Methoden der Stressbewältigung bis hin zu einem Leitfaden zur Erstellung eines persönlichen Stressbewältigungsprogramms.

Unser Seminar richtet sich an alle Kolleginnen und Kollegen, die angespannt arbeiten und sich selten oder nie Zeit für sich selbst und schon gar nicht zur inneren Einkehr nehmen. Es soll helfen, mit dem Phänomen Stress besser umgehen zu lernen und die Fähigkeit zu erwerben, Konflikte rechtzeitig zu erkennen und Strategien der Konfliktbewältigung kennen zu lernen.

Das Seminar wird von Dietmar Michael und Timo Ritter geleitet.



Wer schützt uns?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast täglich ereignen sich brutale, menschenverachtende Angriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur bei Großlagen. Auch im täglichen Dienst passieren unfassbare Sachverhalte. Erst am vergangenen Dienstag fährt ein Pkw-Führer bewusst, gezielt und gewollt frontal gegen einen entgegenkommenden

Streifenwagen, sicherlich, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Nur durch die im Streifenwagen vorhandenen Sicherheitsvorrichtungen und dem Wohlwollen vieler Schutzengel wurden unsere beiden Kollegen nicht noch schwerer verletzt bzw. gar ...

Sehr bedenklich und doch meist die Realität: Trotz angenommenen

absoluten Haftgrund (!) sind bei derartigen Sachverhalten die Beschuldigten zu oft und sehr rasch wieder zu Hause. Auch im Hinblick auf den dann irgendwann gefällten Urteilsspruch kann ich nur die Frage stellen:

Wer schützt uns?

Was ist das Leben und die Gesundheit von Polizisten der deutschen Justitia wert?

Wann erfolgt hier ein Umdenken im Interesse des MENSCHEN, der hinter jedem Polizeibeschäftigten auch steckt?

Die diesbezüglich in der Vergangenheit ergangenen Urteile werden sehr wohl vom polizeilichen Gegenüber zur Kenntnis genommen und sind meines Erachtens u. a. zur Abschreckung überhaupt nicht geeignet.

Unsere beiden verletzten Kollegen wünschen wir auch auf diesem Weg gute Besserung und hoffen, dass wir mit Unterstützung unseres persönlichen Besuches, beschwert mit einem ansprechend gefüllten Korb (Danke an den Grünen Stern), zur Genesung beitragen können.



Die besten Genesungswünsche und einen Präsentkorb vom Grünen Stern. Bilder: H. Schiffner

Holger Schiffner

FRAUENGRUPPE

Arbeitsortflexibilisierung – Teil 2

Bezug nehmend auf den Artikel zur Arbeitsortflexibilisierung in der Februarausgabe der GdP-Zeitung möchte die Frauengruppe der GdP Brandenburg eure Erfahrungen zu diesem Thema wissen. Sind die offiziellen Zahlen richtig, so entsteht der Eindruck, dass alle ca. 50 Anträge in den letzten Jahren dazu positiv durch die Dienststellen entschieden wurden. Das wäre natürlich ein tolles Ergebnis.

Schaut man jedoch etwas genauer hin, stellt sich zumindest die Frage nach der Diskrepanz zwischen diesen ca. 50 Anträgen und der Auswertung der „Mitarbeiterbefragung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, in der über 800 Kolleginnen und Kollegen angaben: „Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie würde es mir helfen, wenn ich zeitweise Ar-

beit von zu Hause erledigen könnte.“ Sicher ist nicht jede Tätigkeit in der Polizei dazu geeignet, von zu Hause oder von einem anderen, günstigeren Dienort aus erledigt zu werden. Andererseits gibt es aber viele Tätigkeiten, bei denen durchaus bestimmte Arbeitsraten nicht die tägliche, vollumfängliche Anwesenheit am „eigentlichen Arbeitsplatz“ zwingend erfordern.

Erfahrungen aus Gesprächen zeigen, dass durchaus ein größeres Interesse an der Möglichkeit einer zeitweisen Arbeitsortflexibilisierung besteht. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es in so manchem Kopf einfach noch nicht vorstellbar ist, seine „Schäfchen“ nicht den ganzen Tag um sich herum zu haben und so besser „kontrollieren“ zu können. Oder aber die Bearbeitungszeit eines solchen An-

trages dauert so lange bis zur Entscheidung, dass sich die Gründe für die oder den Antragsteller/-in längst erledigt hat. Vielleicht schafft es ein solcher Wunsch auch gar nicht erst bis zur Antragstellung, weil er von vornherein nicht am unmittelbaren Vorgesetzten vorbeikommt?

Fast noch schlimmer wäre es, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen gar nicht wissen, wie das mit der Arbeitsortflexibilisierung eigentlich funktioniert.

Die Gründe, warum die Möglichkeit der Arbeitsortflexibilisierung noch recht wenig genutzt wird, sind sicherlich recht vielschichtig.

Um Vorschläge zur Verbesserung zu machen und damit letztendlich auch die Arbeitszufriedenheit zu steigern, steht die GdP-Frauengruppe als Ansprechpartner für dieses und na-



FRAUENGRUPPE

türlich auch anderen Themen jederzeit für euch zur Verfügung. Teilt uns: Polizeipräsidium und PD West – Silke Schmidt, FHPol – Kirstin Gebhardt-Zehmke, Stefanie Baselt, ZDPol – Angelika Wolter, Fachdirektion LKA – Antje Branding,

Fachdirektion Besondere Dienste – Ute Kirchner, Polizeidirektion Nord – Cornelia Zimmerling, Polizeidirektion Ost – Jeannette Klinder, Annegret Plath, Polizeidirektion Süd – Kerstin Ohde, Simone Richter

bitte mit, welche Erfahrungen ihr diesbezüglich gemacht habt. Auf Wunsch behandeln wir selbstverständlich jede Information auch vertraulich. Nur wenn wir wissen, wo es Probleme gibt, können wir für deren Beseitigung auch was tun.

Der Vorstand der Frauengruppe

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Geschäftsstelle in Potsdam.

Februar/März 2015

9. Februar 2015

Um 11 Uhr tagt eine Arbeitsgruppe. Unmittelbar danach haben wir einen Termin mit einem Rechtsanwalt, der in einem Verfahren Zusammentreffen von Pension und Rente mit der Besonderheit Grenztruppenzeiten für uns tätig ist.

10. Februar 2015

Der Vorsitzende des Innenausschusses des Brandenburger Landtags, Herr Sören Kosanke (SPD), ist zu einem ersten Gespräch in unserer Geschäftsstelle.

12. Februar 2015

Die Kreisgruppen beraten mit Vertretern unserer Seniorengruppen Möglichkeiten der Verbesserung der Betreuung unserer Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar vor der Pensionierung/Verrentung stehen.

14. Februar 2015

Wir danken besonders aktiven Gewerkschaftern unserer Kreisgruppen in Form eines Events für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

16. Februar 2015

Beratung unserer Rechtsschutzkommission zu erneut zahlreich vorliegenden Rechtsschutzanträgen.

19. Februar 2015

Im Rahmen der begonnenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder wird am 12. März 2015 eine Großdemo in Potsdam stattfinden. Mit unserem Stellvertreter für Tarif bin ich bei der GEW, wo wir, GdP, GEW und Verdi, diese Aktion vorbereiten.

14 Uhr beginnt unsere Landesbezirksvorstandssitzung. Zu Gast sind Innenminister Karl-Heinz Schröter und Staatssekretär Arne Feuring.

20. Februar 2015

Fortsetzung der Landesbezirksvorstandssitzung in unserer Geschäftsstelle.

23. Februar 2015

Ich arbeite zeitversetzt. Im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bin ich mit unserem Sohn zur Eingewöhnung in der Kita und fahre erst vor dem Mittag ins Büro.

24. Februar 2015

Gespräch im Innenministerium zu erforderlichen und möglichen Änderungen im Versorgungsrecht. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wird das Innenministerium in der Mitzeichnung sein. Wir informieren über unser diesbezügliches Gespräch im Finanzministerium und tauschen uns zu den Rechtsfragen aus.

26. Februar 2015

Vor dem Kongresshotel in Potsdam, dem Ort der laufenden Tarifverhandlungen, „begrüßen“ zahlreiche Demonstranten die Verhandlungsführer der Länder. Die GdP Brandenburg war mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen dabei.

März 2015

3. März 2015

In den Räumen des DGB in Potsdam findet ein Arbeitsgespräch des DGB mit GEW, Verdi, IG BAU und GdP statt. Es geht um die strategische Herangehensweise an unsere gemeinsamen Vorhaben für das Jahr 2015.

4. März 2015

Erneute Beratung GEW, Verdi und GdP in Vorbereitung der Großdemo am 12. März in Potsdam.

6. März 2015

Ich überprüfe in der Geschäftsstelle sämtliches Demomaterial – Fahnen, Trillerpfeifen, Basecaps, Ratschen, Megaphone –, um ggf. für den 12. März noch nachbestellen zu können.

9. März 2015

Notartermin zur Änderung der Anschrift unserer GdP Poliservice

GmbH. Ein Anschreiben an das Amtsgericht hatte nicht gereicht ...

12. März 2015

Großdemonstration in Potsdam mit ca. 2000 Teilnehmern. Endlich ist es uns gelungen, dass nur ein Redner zur abschließenden Kundgebung spricht. Bei der letzten Demo 2013 wurde der Platz noch „leergepredigt“.

13. März 2015

Wir wollen als GdP einen weiteren Mitarbeiter/eine weitere Mitarbeiterin einstellen. Die Stelle Referent für Beamtenpolitik/Recht war ausgeschrieben. Wir haben eine Auswahlkommission gebildet, die sich zu einer Vorbesprechung trifft. Am 20. März sollen die Vorstellungsgespräche stattfinden.

Mittag ist der Beamtensekretär des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg zu einem kurzen Besuch in unserer neuen Geschäftsstelle.

17. März 2015

Weitere Beratung unserer Vertreter in den Arbeitsgruppen der Evaluierung der Polizeistrukturereform. Die Evaluierung geht in die entscheidende Phase. Wir erarbeiten bzw. untersetzen unsere Forderungen.

20. März 2015

Wir hatten auf unsere Stellenausschreibung einige qualitativ/fachlich sehr hochwertige Bewerbungen. Mit vier von ihnen führen wir die Auswahlgespräche.

23. März 2015

In Oranienburg beraten wir mit dem Kreisgruppenvorstand der FHPol die Situation der Ausbildung, Bewerberlage, „Durchfaller“, Unterkunftsproblematik und nicht zuletzt die bevorstehende Neueinstellungen zum 1. April 2015.

24. März 2015

Auf Einladung des AK Innen der Landtagsfraktion DIE LINKE sind wir im Landtag zu einem Austausch zu aktuellen Problemen der Polizei und Inneren Sicherheit. Hauptschwer-

Fortsetzung auf Seite 8



AKTUELLES

Fortsetzung von Seite 7

punkt war – natürlich – die kurz vor dem Abschluss stehende Evaluierung der Polizeistrukturreform.

26. März 2015

Der Arbeitskreis 1 der SPD-Fraktion Innen, Kommunales, Recht, Ver-

braucherschutz und Europa hatte Vertreter der Gewerkschaft der Polizei zu einem Fachgespräch eingeladen. Hauptthema auch hier die Evaluierung der Polizeistrukturreform.

31. März 2015

Ich vertrete eine Kollegin in einem Verfahren gegen die Kürzung ihrer

Pension im Zuge der Rentenerhöhung (Mütterrente). Die ZBB hat auf unseren Widerspruch nun den (ablehnenden) Widerspruchsbescheid erlassen. Ich berate mit ihr gemeinsam die Rechtspositionen für das nun erforderlich werdende Klageverfahren.

Michael Peckmann

Anzeige

PKW Neufahrzeuge

zu TOP-GdP-Sonderkonditionen



Neu im Angebot:

**SEAT
VOLVO
MAZDA**

**Neuer Vertrag mit Renault -
Bis zu 29 % Nachlass!**

Einfach Bezugsschein anfordern und sich mit unseren Vertragspartnern in Verbindung setzen!



Geld sparen - mit den Angeboten der GdP PolSERVICE GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP PolSERVICE GmbH

03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp-brandenburg.de

Mail: GdP-Brandenburg@gdp-online.de

